



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

10.06.2025	Elbe-Jeetzel-Zeitung: Warten auf Antworten	3
06.06.2025	Stuttgarter Nachrichten: Atommüll: Ist Ulm eine mögliche Antwort auf die Endlager-Frage?	5
	Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV	6
05.06.2025	Welt.de: Schwesig: Entlastungspaket kostet MV etwa 140 Millionen Euro	7

Warten auf Antworten

Kreispolitik ärgert sich über fehlende Informationen von Betreiberin und Behörden zur verlängerten Zwischenlagerung

Gorleben. Die Kreispolitik will Antworten zur beabsichtigten längeren Zwischenlagerung von Atommüll in Gorleben – aber die Betreiberin und Behörden haben sie ihnen bislang nicht gegeben. Und die Zeit drängt aus Lüchow-Dannenberg Sicht. Nicht wegen der ursprünglichen Genehmigung des Zwischenlagers – die läuft erst 2034 aus, sondern wegen knapper Fristen bei den weiteren Verfahrensschritten.

Fragen an BGZ, BASE und Bundesministerium

Mehrere Seiten mit vielen Fragen umfasst das Schreiben von Landrätin Dagmar Schulz (parteilos) und Atomanlagen-Ausschuss-Vorsitzenden Martin Donat (Soli), das Anfang Mai jeweils an die Zwischenlager-Betreiberin – die Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ), deren Genehmigungsbehörde – das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), und das übergeordnete Bundesumweltministerium gegangen sind. Die darin formulierten Fragen sind das Ergebnis der vorangegangenen Ausschusssitzung (EJZ berichtete). Schulz und Donat wollen stellvertretend für den Landkreis wissen, wie das Genehmigungsverfahren und speziell die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) weiterlaufen. Unklarheit herrscht über einen Termin, der Umfang und Tiefe (sogenanntes Scoping) der UVP zum Inhalt hat. Wann wird dieser sein, wer nimmt teil und gibt es bis dahin neue Verfahrensstände? All das wissen die Kreispolitiker nicht. Sie fürchten, vielleicht sogar völlig außen vor zu bleiben. Für das Scoping sei bei der Infoveranstal-

tung in Hitzacker im Januar ein Termin noch in der ersten Jahreshälfte genannt worden. Die wird in wenigen Wochen vorbei sein. Gehört habe man seit Hitzacker nichts mehr.

Bei der BGZ steige man nicht mehr durch, ärgert sich Donat. Erst durch Nachfragen würde so einiges herauskommen. Das nächste Ausschusstreffen hat er trotzdem auf morgen angesetzt, egal ob mit oder ohne Antworten zu Gorleben. Dafür greift er auch tief in die Aktenkiste und holt Altverträge zum Zwischenlager aus den 80er- und 90er-Jahren heraus. Womöglich ein Hebel, um Druck auszuüben. Denn das Zeitfenster schrumpfe permanent, weiß Donat mit Blick auf die Fristen. Sei es einer Ratlosigkeit bei BGZ und Co., wie sie die längere Zwischenlagerung in den Griff bekommen wollen, geschuldet oder doch dem Wechsel im Bundesumweltministerium? In Lüchow-Dannenberg gibt es darüber derzeit mehr Spekulation als Gewissheit.

„Verfahren ohne Spielregeln“

Immer wieder kommt die Frage nach einem Konzept und einem öffentlichen Beteiligungsverfahren für die längere Zwischenlagerung auf. Auch von den beiden beratenden Ausschussmitgliedern Hans-Udo Maury und Asta von Oppen. Wie lange soll die verlängerte Genehmigung laufen? Nach welchen Kriterien wird dabei entschieden? Ein zu kurzer Zeitraum bete lediglich die aktuelle Situation gesund; ein zu langer greife der künftigen Wissenschaft voraus, erläutert Donat. „Man beginnt mit uns ein Verfahren ohne Spielregeln“,

sagt von Oppen. Man rede bei der Sicherheit immer noch vom Verschweißen des Castor-Deckels, ergänzt Maury. Das sei unbefriedigend.

Fragen gibt es längst andere: Sind etwa die Gebäude auf dem Zwischenlager fähig, noch weitere Jahrzehnte ihre Aufgabe zu erfüllen? Wie sicher sind die Anlagen vor Drohnenangriffen? Eine Gefahr, die erst seit dem Ukraine-Krieg ins Bewusstsein der Menschen gekommen ist. Immerhin bestätigt BGZ-Standortsprecher Tristan Zielinski, dass „im Rahmen vergangener Aktualisierungen der Sicherungsmaßnahmen für Zwischenlager Drohnen zum Thema gemacht wurden“. Über Details schweigen sich die Verantwortlichen aus – aus Sicherheitsgründen.

Besuch in Berlin – und irgendwann auch aus?

Donat und von Oppen waren in Berlin bei einem Treffen des Nationalen Begleitgremiums (NBG). Dem Vernehmen nach ohne BGZ, BASE und Ministerium, trotz Einladung. Die Lüchow-Dannenger haben sich dort mit Initiativen und dem NBG ausgetauscht. Das Gremium hat eigentlich die Endlagersuche im Blick, doch rückt dort die Zwischenlagerung wegen ihrer zunehmenden Länge in den Vordergrund. Eine umfangreiche öffentliche Begleitung in Fragen der Zwischenlagerung ist auch eine Forderung aus dem Landkreis. Das würde man der neuen Spitze des Umweltministeriums bei einem Besuch des Kreises gerne persönlich mitteilen.

Wörter: 603
Autor/-in: VON JENS HEYMANN
Seite: 2 bis 2
Rubrik: LOKALES
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025
Nummer: Ausgabe 137, 2025
Ausgabe: Einzelausgabe
Auflage: 9.088 (gedruckt)¹
9.903 (verkauft)¹
10.135 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,0142 (in Mio)²

¹ IVW 1/2025

² AGMA ma 2024 Tageszeitungen

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 Stuttgarter Nachrichten

Atommüll: Ist Ulm eine mögliche Antwort auf die Endlager-Frage?

6. Juni 2025 16:20 | Medienart: Online | Visits/Monat: 1.100.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

06.06.2025 - 16:20 Uhr Der Info-Container zur **Endlagersuche** – aufgestellt in der Innenstadt von Ulm. ...

Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV

Schwesig: Entlastungspaket kostet MV etwa 140 Millionen Euro

Die MV-Ministerpräsidentin will wie andere Länder-Regierungschefs, dass Länder und Kommunen weniger als vom Bund geplant zum «Investitionsbooster» beitragen müssen. Darüber wird nun verhandelt.

Das vom Bund geplante Entlastungspaket mit Sonderabschreibungen für die Wirtschaft würde das Land und die Kommunen in MV Schätzungen zufolge 140 bis 145 Millionen Euro kosten. Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) sagte nach der Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin, das Land müsse nach der vom Bund vorgesehenen Kostenaufteilung mit insgesamt etwa 80 Millionen Euro Mindereinnahmen in den Jahren 2025 bis 2027 rechnen - bei den Kommunen in MV seien es 60 bis 65 Millionen Euro.

Die Bundesregierung will mit dem Entlastungspaket bessere steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten für Unternehmen, die Maschinen, Geräte und Elektroautos schaffen. Ab 2028 soll zu-

dem die Körperschaftsteuer sinken. Beides führt zu Einnahmeausfällen, die überproportional stark von den Kommunen getragen werden sollen.

«Kommunen sind über dem Limit»

Gerade bei den Kommunen sehe sie nicht, dass diese noch weiter belastet werden könnten, so Schwesig. «Die Kommunen sind weit über ihr Limit.» Sie müssten entlastet werden. Auch das Land MV muss bereits in seine Rücklagen greifen, um seinen Haushalt auszugleichen.

Schwesig begrüßte aber den «Investitionsbooster». Er helfe jedem, der investiert, großen wie kleinen Unternehmen, sagte sie. Überdies sei es aus

Sicht Mecklenburg-Vorpommerns wichtig, dass rasch auch die Absenkung der Mehrwertsteuer für die Gastronomie und die Pendlerpauschale kämen.

Auch der Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz, Michael Kretschmer (CDU), bekräftigte Forderungen nach einem finanziellen Ausgleich für Länder und Kommunen für das vom Bund geplanten Entlastungspaket. «Wir wollen diesen Innovationsbooster», sagte Sachsens Ministerpräsident nach dem Treffen der Länderchefinnen und -chefs in Berlin. Die Summen seien aber so gewaltig, dass man sie nicht einfach einsparen könne.

Wörter:	282	Jahrgang:	2025
Ressort:	Regionales	Ausgabe:	Einzelausgabe
Rubrik:	Regionales	Visits (VpD):	3.759.467 ¹
Medienkanal:	ONLINE	Unique Users (UUpD):	622.000 ²
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://www.welt.de/regionales/mecklenburg-vorpommern/article256216352/Schwesig-Entlastungspaket-kostet-MV-etwa-140-Millionen-Euro.html>

Urheberinformation: (c) Axel Springer SE

¹ von PMG gewichtet 03-2025

² gerundet agof ddf Ø-Tag 2023-01 vom 08.03.2023, Gesamtbevölkerung 16+